



Baden-Württemberg

Gemeinsame Erklärung der Landesregierung und von Verbänden anlässlich des „Krisengipfel Gas – Baden-Württemberg rückt zusammen“ am 25. Juli 2022

Der russische Angriffskrieg bedroht nicht nur die Ukraine, sondern auch uns. Die Gaslieferungen aus Russland werden als Waffe genutzt, um bei uns im Winter Versorgungslücken und eine Wirtschaftskrise herbeizuführen. Dadurch sollen wir geschwächt, gespalten und aus der Solidarität mit der Ukraine herausgebrochen werden.

Wir lassen uns jedoch nicht erpressen und auseinandertreiben. Wir handeln gemeinsam, um eine tiefgreifende Krise zu verhindern. Wir sorgen vor und leisten dadurch einen wichtigen Beitrag, um möglichst viel Gas einzusparen und mit möglichst vollen Speichern in den Winter gehen zu können.

Dazu setzen Land und Kommunen, Arbeitgeber und Gewerkschaften, Handwerk und Energieversorger, Verbraucherinnen und Verbraucher in Baden-Württemberg im Schulterschluss ein kurzfristig wirksames Sparprogramm um. Wir sorgen vor, damit die kritische Infrastruktur im Fall des Falles stabil bleibt. Zugleich arbeiten wir mit Hochdruck daran, den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter zu beschleunigen.

Durch dieses Programm wird der Kostendruck für private Haushalte, Kommunen und Wirtschaft reduziert. Allerdings sind wir uns darüber bewusst, dass dies im Falle einer Notlage nicht ausreichen wird. Deshalb richten wir uns mit diesem Beschluss zugleich an den Bund, damit eine gezielte Hilfe für all jene bereitgestellt wird, die unter den gestiegenen Kosten besonders leiden und diese nicht aus eigener Kraft stemmen können. Die Unterstützungsleistungen des Bundes sollen sich an bedürftige Bürgerinnen und Bürger richten, aber auch an alle Unternehmen einschließlich kommunaler Unternehmen, die aufgrund der gestiegenen Energiepreise unverschuldet in existenzielle Schwierigkeiten geraten.

Wir regen zudem gegenüber dem Bund an zu prüfen, wie die unterschiedlichen Energieverbraucher in einer akuten Mangellage so belastet werden können, dass im Ergebnis alle – soweit möglich – einen solidarischen Beitrag leisten. Wir unterstützen die Bundesregierung dabei, dazu notfalls auch auf eine Änderung der entsprechen-

den EU-Verordnung zum Thema Gasmangellage hinzuwirken. Sollte die Bundesregierung die dritte und letzte Stufe im Notfallplan Gas ausrufen, womit die Bundesnetzagentur als Bundeslastverteiler agiert, erwarten wir frühzeitig eine Information, damit sich die Betroffenen darauf einstellen können.

Damit Unternehmen möglichst schnell und einfach von Gas auf Öl oder Kohle wechseln können (sog. Fuel-switch) und somit gar nicht erst von Abschaltung bedroht sind, stehen die unteren Verwaltungsbehörden für Verfahren zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen bereit und werden diese Verfahren prioritär und möglichst unbürokratisch bearbeiten.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass im kommenden Winter nicht nur wir vor einer Bewährungsprobe stehen, sondern auch der Zusammenhalt in der Europäischen Union. Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns für ein solidarisches Miteinander der Mitgliedstaaten aus.

In ihrem eigenen Wirkungsbereich verpflichten sich die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner aktiv für weniger Energieverbrauch und mehr Energieeffizienz einzusetzen. Denn wir wissen: Die Summe der Maßnahmen macht's!

Wir appellieren an die Bürgerinnen und Bürger: Unterstützen Sie uns und helfen Sie mit, Energie zu sparen. Jede Kilowattstunde zählt!

Beiträge der Gipfelteilnehmerinnen und -teilnehmer:

Ministerpräsident Winfried Kretschmann

für die Landesregierung Baden-Württemberg: „Putin versucht, uns durch die Drosselung von Gaslieferungen mürbe zu machen und zu spalten. Es drohen - neben den schon heute explodierten Energiepreisen - Versorgungslücken und Einschränkungen in der industriellen Produktion. Damit die nächsten Monate nicht zur Zerreißprobe für unsere Gesellschaft werden, müssen wir jetzt zusammenrücken und Energie sparen, damit die Gasspeicher vor dem Winter möglichst voll sind.“

Auch wir als Landesregierung leisten mit unserem Fünf-Punkte-Plan unseren Beitrag. Wir verpflichten uns, in den Behörden und Einrichtungen des Landes den Wärme- und Stromverbrauch nach Kräften zu senken. Wir betreiben kluge Vorsorge, machen unsere Gebäude winterfest und beschleunigen die Nutzung erneuerbarer Energien. Zudem informieren wir die Bürgerinnen und Bürger über ihre Einsparmöglichkeiten.

Ich rufe alle Bürgerinnen und Bürger des Landes dazu auf, Verantwortung zu übernehmen und ihren persönlichen Beitrag in dieser Krise zu leisten. Energiesparen ist jetzt erste Bürgerpflicht – und dabei kommt es auf jede und jeden von uns an. Wenn 5,4 Millionen Haushalte in Baden-Württemberg ihren Gasverbrauch durch kleine Änderungen im Alltag reduzieren, hat das in der Summe eine gewaltige Wirkung. Wir verteidigen dadurch gemeinsam unsere freie Lebensweise und unseren wirtschaftlichen Wohlstand gegen einen autoritären Aggressor. Ich bin dankbar, dass wir in diesen Zeiten der Konfrontation so entschlossen zusammenstehen.“

Dr. Rainer Dulger, Präsident der Unternehmer Baden-Württemberg (UBW): „Wir brauchen ein gemeinsames und pragmatisches Vorgehen. Ein Gas-Lieferstopp rein zu Lasten der Unternehmen würde zu einer Wirtschaftskrise im Südwesten führen, wie wir sie in der Nachkriegsgeschichte noch nicht erlebt haben. Deshalb brauchen wir einen fairen und flexiblen Interessensausgleich zwischen den Belangen der Wirtschaft und den privaten Haushalten. Dabei kann es nicht um eine Schwarz-Weiß-Lösung gehen. Auf Seiten der Unternehmen gibt es neben dem selbstverständlichen Absenken von Raum- und Hallentemperaturen beispielsweise noch signifikante Potenziale durch einen Wechsel von Gas zu anderen Brennstoffen. Wichtig ist hier, dass die Behörden den Firmen solch einen ‚Fuel Switch‘ zügig und unbürokratisch genehmigen. Zudem ist es für die Firmen von enormer Bedeutung, dass sie möglichst rasch planbare Kriterien für den Fall einer Gasmangellage an die Hand bekommen.“

Christian O. Erbe, BWHK-Vizepräsident: „Unsere Mitgliedsbetriebe unternehmen alles, um Energie einzusparen und ihr Energiemanagement bestmöglich auf den worst case einzustellen. Die IHKs im Land unterstützen sie dabei nach Kräften mit Informationen, Veranstaltungen und Beratungsleistungen. Einsparpotenziale haben allerdings schlichtweg ihre Grenzen. Hier ist die Politik gefordert, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass der Weiterbetrieb unserer Wirtschaft gewährleistet wird. Dabei ist neben der Versorgung mit Gas auch die Versorgung mit Strom bei möglicherweise steigenden Bedarfen in den Blick zu nehmen. Denn es stehen abertausende Arbeitsplätze auf dem Spiel.“

Dr. Roman Glaser, Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands e.V.: „Die genossenschaftliche Rechts- und Unternehmensform steht wie keine andere für Solidarität und Selbsthilfe. Gerade in Zeiten der Krise ist diese Art von Zusammenhalt gefragt. Rund 150 Energiegenossenschaften im Land tragen aktiv zur Transformation des Energiesektors bei. Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen

und Kommunen können sich daran beteiligen oder auch selbst neue Energiegenossenschaften gründen. Zudem unterstützen die Volksbanken und Raiffeisenbanken als solide Finanzierungspartner bei dem Ausbau der erneuerbaren Energien.“

Joachim Walter, Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg: „Die Landkreise arbeiten derzeit mit Hochdruck daran, zusätzliche Energieeinsparpotenziale in kreiseigenen Gebäuden zu identifizieren und konsequent auszuschöpfen. Denn es ist klar, dass jede bereits heute eingesparte Kilowattstunde Gas im Winter dazu beitragen wird, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Parallel setzen wir alles daran, den Ausbau der Erneuerbaren Energien konsequent voranzubringen, damit wir so schnell wie möglich aus der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen rauskommen.“

Steffen Jäger, Gemeindetagspräsident: „Die Kommunen stellen sich der Herausforderung einer drohenden Gasmangellage im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Das heißt, zunächst analysieren sie, in welchem Maße in der jeweiligen Kommune eine Abhängigkeit von welchen Energieträgern gegeben ist. Dann steht natürlich auch das Einsparen von Energie im Fokus, in den Gebäuden, bei der Straßenbeleuchtung oder auch kommunalen Betrieben, was im Ergebnis aber auch zu gewissen Komforteinschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger führen kann. Zugleich gilt es die Betriebsfähigkeit der für die Bevölkerung wichtigen Einrichtungen möglichst durchgängig zu gewährleisten. Es ist eine gesamtstaatliche Aufgabe dafür Sorge zu tragen, dass die kritische Infrastruktur, die Daseinsvorsorge, die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und auch der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz funktionsfähig bleiben.“

Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz, Präsident des Städtetags Baden-Württemberg: „Der drohende Gasmangel markiert eine Zeitenwende. Für die gemeinsame Kampagne von Land und Kommunen haben wir Vorschläge gemacht. Sie soll den Menschen helfen, ihre Möglichkeiten zur Energieeinsparung zu erkennen und zu verstehen, wie ihr eigener Beitrag wirkt. Auch die Städte selbst werden schnell durch Temperaturabsenkungen in öffentlichen Gebäuden und ein reduziertes Angebot von Warmwasser mit gutem Beispiel vorangehen.“

Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock, Vorstandsvorsitzende der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg: „Die Energiekrise stellt insbesondere Menschen in sozialen Notlagen vor große Herausforderungen. Die Wohlfahrtsverbände begleiten diese Menschen, damit sie die Kosten für Energie geringhalten und

langfristig bewältigen können. Energiesperren sind jedoch der falsche Weg. Auch die Sozialunternehmen leisten ihren Beitrag zur Energiewende, sind aber schon jetzt am Limit. Damit die Versorgungsinfrastruktur nicht zusammenbricht, braucht es zeitnah finanzielle Zusagen der Politik für die Sozialwirtschaft.“

Reiner Reichhold, Präsident Handwerkstag Baden-Württemberg: „In Krisenzeiten steht das Handwerk geschlossen für Stabilität und Verlässlichkeit. Unsere Betriebe tun schon heute alles, um Energie, wo immer möglich, einzusparen – bei sich selbst und als Umsetzer der Energiewende auch bei den Kunden vor Ort. Gleichzeitig benötigt das Handwerk Planungssicherheit, wenn es um die Versorgung der Bevölkerung etwa mit Nahrungsmitteln oder Dienstleistungen im Gesundheitssektor geht.“

Joachim Butz, Vorsitzender Fachverband Sanitär-Heizung-Klima Baden-Württemberg: „Mit vergleichsweise geringem Aufwand und geringen Investitionen können alle Bürger mithelfen, Energie zu sparen. Dabei steht das SHK-Handwerk bereit, die Bürger zu unterstützen. Ich rufe alle Berufskollegen des SHK-Handwerks auf, den Sommer und Herbst bevorzugt dazu zu nutzen, so viele Heizungsregelungen wie möglich richtig einzustellen, Systemtemperaturen in der Heizungsanlage zu reduzieren, Heizungsanlagen hydraulisch abzugleichen oder Leitungen zu dämmen. Auf diese Weise können wir den Gasverbrauch der Gebäude senken. Wir sehen es als staatspolitische Pflicht des SHK-Handwerks trotz der hohen Auslastung hier unser Knowhow in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen und alles dafür zu tun, die Gasmangellage zu vermeiden.“

Klaus Saiger, Präsident VfEW (Verband für Energie- und Wasserwirtschaft in Baden-Württemberg e.V.): „Gewaltige Anstrengungen und solidarisches Handeln sind Grundvoraussetzungen, um die Energiekrise bewältigen zu können. Die Energie- und Wasserwirtschaft bereitet sich seit Monaten in Abstimmung mit der Wirtschaft, den Ministerien und den Verwaltungen auf allen Ebenen intensiv auf mögliche Szenarien einer Gasmangellage und ihren Folgen vor, um auch im schlimmsten Fall eine ausreichende Versorgungssicherheit gewährleisten zu können. Aber ohne nachhaltige Energieeinsparungen der Bürgerinnen und Bürger wird das nicht in jedem Fall gelingen.“

Klaus Eder, Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) und Geschäftsführer der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH: „Das Wichtigste ist und bleibt vorzusorgen. Gas und auch Strom einzusparen ist dabei für alle das Mittel der Wahl. Wir müssen die Gasspeicher

über den Sommer gemeinsam voll bekommen. Dabei zählt aber nicht nur der Wille, sondern auch die physische Umsetzbarkeit der Einspeicherung. Die kommunalen Energieversorger setzen alles daran, dass die Versorgung über den Winter gesichert ist. Allerdings sind ihnen dabei auch physikalische Grenzen gesetzt. Es ist es nicht nur wichtig, dass Deutschland in Summe genügend Gas hat. Die Bundesrepublik und alle Beteiligten müssen alles in ihrer Machtstehende tun, dass es auch überall ankommt. Und das könnte im Südwesten eine echte Herausforderung werden.“

Cornelia Tausch, Vorstand Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e.V.: „Der Umgang mit der Energiekrise ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Verbraucher:innen zeigen schon jetzt eine hohe Bereitschaft Energie zu sparen und mit konkreten Maßnahmen ihren Beitrag zu leisten. Wir werden sie mit unseren Informations- und Beratungsangeboten weiter nach Kräften dabei unterstützen.

Klar ist aber auch: Viele Verbraucher:innen sind durch erfolgte Preissteigerungen bereits erheblich oder sogar existenziell belastet. Vor diesem Hintergrund dürfen bestehende Regelungen nicht zu Ungunsten der Verbraucher:innen aufgeweicht werden. Die in der EU-Verordnung (SoS-Verordnung) festgeschriebene Sicherstellung einer unterbrechungsfreien Gasversorgung „geschützter Kunden“, die als besonders vulnerabel gegenüber den Folgen einer eingeschränkten Versorgung gelten und zu denen auch Privathaushalte gehören, muss beibehalten werden. Diesen gesetzlich verbrieften Schutz jetzt aufzugeben, würde nicht zuletzt den angestrebten gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.“

Martin Haag, Vorsitzender des Vorstandes, Verband der Chemischen Industrie Baden-Württemberg: „Wir sparen Energie, wo wir können. Aktuell gilt es, den Wechsel bei der industriellen Energieversorgung weg vom Gas zu ermöglichen, damit Erdgas dort verwendet werden kann, wo es nicht ersetzbar ist: In den Haushalten und in der Chemie. Dort werden aus Erdgas wichtige Grundstoffe für 90 Prozent aller anderen industriellen Produkte hergestellt. Dazu sind jetzt rechtssichere, schnelle und flexible Genehmigungen nötig.“

Dr. Dietrich Birk, Geschäftsführer VDMA: „Europa muss so schnell wie möglich unabhängig von russischen Energiequellen werden und dazu den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv vorantreiben. Daneben rückt vor allem die Reduzierung des Energieverbrauchs in den Mittelpunkt, denn Energieeinsparungen der industriellen und privaten Verbraucher tragen dazu bei, im Ernstfall Härten zu vermeiden. Im Falle einer Notlage in der Gasversorgung geht es um eine möglichst faire und angemessene Verteilung zwischen den Verbrauchergruppen. Eine wirtschaftliche Krise, die

auch für Arbeitnehmer drastische Folgen haben könnte, muss vermieden werden. Dazu sind Flexibilität und die Berücksichtigung zahlreicher Parameter gefragt. Bereits jetzt sehen sich die Unternehmen mit fast unkalkulierbaren Kostensteigerungen im Bereich Energie konfrontiert, die zusätzlich zu gerissenen Lieferketten und Arbeitskräftemangel massiv belasten.“

Kai Burmeister, Vorsitzender DGB Baden-Württemberg (gemeinsam für ver.di, IG Metall, IGBCE, DGB):

„Solidarisch zusammenstehen - das ist die Leitlinie für den bevorstehenden Winter. Neben dem Energiesparen sind für uns drei Maßnahmen wichtig. Erstens: Die Notversorgung und alle Ausgleichsmaßnahmen müssen so gestaltet sein, dass weder Betriebe in ihrer Existenz gefährdet werden noch ihre Beschäftigten vor dem Nichts stehen. Konkret heißt das: Alle von der Gaskrise betroffenen Beschäftigten müssen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Unternehmen müssen stabilisiert und die Kosten, die ihnen durch Kurzarbeit entstehen, vollständig erstattet werden. Zweitens: Sollte die Gasversorgung für Produktionsanlagen oder ganze Betriebe abgeschaltet werden müssen, muss dies kontrolliert und gesellschaftlich verantwortlich geschehen. Es gilt, Schäden zu vermeiden und Wertschöpfungsketten bestmöglich zu schützen. Drittens: Angesichts weiter steigender Energiepreise muss es für die Menschen weitere Entlastungen geben – unabhängig davon, wie es mit der Gasversorgung weitergeht. Die Preise für Energie sind inzwischen so hoch, dass sie für viele Haushalte nicht mehr tragbar sind. Wenn es für die unteren und mittleren Einkommen keine weitere Unterstützung gibt, wird es für diese existenziell.“

Dr. Frank Mastiaux, Vorstandsvorsitzender EnBW Energie Baden-Württemberg

AG: „Wie alle Akteure der Energie-Branche aktuell, bewegen wir uns im Spannungsfeld aus Versorgungssicherheit, Systemstabilität, Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit der Energie. Wir setzen hierbei alles daran, unserer besonderen Verantwortung gerecht zu werden - neben einer stärkeren Diversifizierung der Bezugsquellen und dem fortgesetzt sehr ambitionierten Ausbau von Erneuerbaren Energien z.B. kurzfristig auch durch den flexiblen Einsatz unserer Netzinfrastruktur und unserer Kraftwerke.“

Karin Flinspach, Sprecherin der Geschäftsleitung terranets bw GmbH: „Als Fern-

leitungsnetzbetreiber tragen wir als terranets bw eine besondere Verantwortung für die Systemstabilität. In enger Abstimmung mit den Fernleitungsnetzbetreibern auf nationaler und europäischer Ebene, der Bundes- und Landesregierung sowie den Netzbetreibern in Baden-Württemberg bereiten wir uns auf verschiedene Szenarien vor.

Unser Ziel ist jederzeit eine optimale Steuerung des Transportnetzes zu gewährleisten. Den effizienten Einsatz von Energieanwendungen beim Betrieb unseres Netzes kontrollieren und verbessern wir kontinuierlich. Wir unterstützen aktiv die Diversifizierung der Erdgas-Bezugsquellen und treiben die Anbindung Baden-Württembergs an die national und europäische Wasserstoff-Infrastruktur mit aller Kraft voran.“

Hermann Hutter, Präsident Handelsverband Baden-Württemberg e.V.: „Obwohl der Einzelhandel in Baden-Württemberg mit seinen 40.000 Handelsbetrieben und 500.000 Mitarbeitern und ca. 6,5 Millionen Kundenkontakten täglich bereits jetzt viel in Photovoltaikanlagen, Wärmerückgewinnung und stromsparende LED Beleuchtung investiert hat, steht der weitere umfangreiche Ausbau von erneuerbaren Energien unabhängig davon im Fokus der künftigen Investitionstätigkeiten unseres Wirtschaftszweiges. An Mietstandorten ist es allerdings zwingend, dass die Vermieter diese Aktivitäten unterstützen und dass die kommunalen Bau- und sonstige Genehmigungen z.B. für Photovoltaikanlagen erheblich beschleunigt werden. Bei großen Photovoltaik-Dachflächen kann jetzt schon, wenn die bürokratischen Hemmnisse beseitigt werden, die Menge der in das Netz einzuspeisenden Energie sehr kurzfristig erheblich gesteigert werden. Schärfstes Schwert für unsere Branche – insbesondere für den besonders pandemiegeschädigten, als“ nicht systemrelevant“ eingestuften Handel - ist die Reduzierung von täglichen Öffnungszeiten, was der Handel in Anbetracht der Notlage zur Erreichung kurzfristiger Einsparziele ebenfalls – wo möglich - durchsetzen wird.“

Peer-Michael Dick, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Südwestmetall: „In den Unternehmen wird nicht zuletzt auch aufgrund der Energiepreisinflation die Sparsamkeit permanent verstärkt. Wir müssen uns in Baden-Württemberg aber der Tatsache stellen, dass wir es mit einem längerfristig andauernden Gasmangel zu tun haben werden. Die gegenwärtigen allgemeinen Priorisierungs-Regeln im Fall einer Gasmangellage sind jedoch nur für eine kurzfristige regionale Unterbrechung der Gasversorgung konzipiert worden. Deshalb müssen die Regeln jetzt rasch geändert werden, damit alle Teile der Gesellschaft entsprechend ihrer Belastbarkeit in die Pflicht genommen werden können, auch die Privathaushalte. Zudem müssen in der gegenwärtig höchst fragilen Situation alle nationalen Ressourcen der Energiegewinnung aufrechterhalten werden. Es muss wirklich alles nur erdenklich Mögliche getan werden, auch wenn dafür bestehende gesetzliche Regelungen geändert werden müssen.“

ANLAGE: 5-Punkte Programm der Landesregierung